

PROTOKOLL

51. Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen am Montag, 17. Oktober 2016, Rathaus, Gobelinsaal

Beginn 14.00 Uhr
Ende 14.48 Uhr

Anwesend:

(verhindert waren)

(Ratsfrau Langensiepen)	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Mineur	(SPD)
Ratsherr Bindert	(Bündnis 90/Die Grünen)
(Ratsherr Blaschzyk)	(CDU)
Ratsfrau Dr. Clausen-Muradian	(Bündnis 90/Die Grünen)
Ratsherr Drenske	(Bündnis 90/Die Grünen)
(Ratsherr Fischer)	(CDU)
Beigeordneter Förste	(DIE LINKE.)
Ratsfrau Gahbler	(SPD)
Ratsherr Hellmann	(CDU)
Ratsherr Hofmann	(SPD)
Ratsherr Kelich	(SPD)
(Ratsherr Müller-de Buhr)	(SPD)

Beratende Mitglieder:

Herr Dirscherl
(Frau Heitmüller-Schulze)
(Herr Holm)
(Herr Kruse)
(Frau Lipp)
(Frau Sandkühler)
(Frau Thome-Bode)
Herr Dr. Dr. Wöhler

Grundmandat:

Ratsherr Böning	(DIE HANNOVERANER)
(Ratsherr Engelke)	(FDP)

Verwaltung:

Frau Tegmeyer-Dette	(Wirtschafts- und Umweltdezernat)
Herr Hartmann	(Wirtschafts- und Umweltdezernat)
Herr Dix	(Büro Oberbürgermeister)
Herr Schwarz	(Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover)
Herr Quast	(Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover)
Frau Malkus-Wittenberg	(Fachbereich Planen und Stadtentwicklung)
Frau van Schwarzenberg	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Hoffmann-Kallen	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)

Frau Lüth	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Herr Krämer	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Böger	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)
Frau Bach	(Fachbereich Umwelt und Stadtgrün)

Tagesordnung:

- I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L
1. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE
2. Genehmigung des Protokolls über die 50. Sitzung am 05.09.2016
3. A L L G E M E I N E V E R W A L T U N G S V O R L A G E N
- 3.1. 2. Quartalsbericht 2016 für den Teilergebnishaushalt 67
(Informationsdrucks. Nr. 2074/2016 mit 1 Anlage)
- 3.2. Testphase Pfandringe im öffentlichen Straßenraum
(Drucks. Nr. 1937/2016 mit 6 Anlagen)
- 3.3. Kleingartenkolonie Rosengrund – Baugebiet Büntekamp III
Einvernehmliche Auflösung der Kleingartenkolonie
(Drucks. Nr. 1929/2016 mit 1 Anlage)
- 3.4. Teilkündigung von Kleingartenflächen in der Anlage Rosenhöhe - KGV
Bischofshole e.V. zum 30.11.2017 zur Umsetzung bauplanungsrechtlicher
Festsetzungen und des Neubaus der Feuer- und Rettungswache 3 (Drucks.
Nr. 1976/2016 mit 2 Anlagen)
- 3.5. Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) – Straßenreinigung in
der Landeshauptstadt Hannover: Streichung der Gebührenerhöhung zum
1.1.2017
(Drucks. Nr. 2133/2016 mit 5 Anlagen)
4. A N T R Ä G E
- 4.1. Antrag der CDU-Fraktion zu Solarbetriebebenen, vernetzten und
abfallverdichtenden Abfallbehälter
(Drucks. Nr. 1968/2016)
- 4.2. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum
Radschnellweg Hannover-City-Lehrte
(Drucks. Nr. 1934/2016)
5. BAULEITPLÄNE DER WOHNBAUFLÄCHENINITIATIVE
6. FLÄCHENNUTZUNGSPLANANGELEGENHEITEN
7. BEBAUUNGSPLANANGELEGENHEITEN

- 7.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1839 - Moosbergstraße -
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Einleitungsbeschluss, Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 1977/2016 mit 6 Anlagen)
- 7.2. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1843 - Weidendamm Nord, Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 1776/2016 mit 2 Anlagen)
- 7.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1830, Bischofsholer Damm
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Einleitungs- und Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0528/2016 N1 mit 6 Anlagen)
- 7.4. Bebauungsplan Nr. 1761 – ehemaliges Oststadtkrankenhaus– Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss, Anordnung der Umlegung
(Drucks. Nr. 1171/2016 mit 3 Anlagen)
- 7.4.1. Bebauungsplan Nr. 1761 – ehemaliges Oststadtkrankenhaus– Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss, Anordnung der Umlegung
(Drucks. Nr. 1171/2016 E1 mit 1 Anlage)
- 7.5. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 741, 2. Änderung – Am Forstkamp / Buchholzer Straße - , Auslegungsbeschluss
(Drucks. Nr. 1841/2016 mit 3 Anlagen)
- 7.6. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1047, 1. Änderung – Angerstraße - Auslegungsbeschluss
(Drucks. Nr. 1965/2016 mit 4 Anlagen)
- 7.7. Bebauungsplan Nr. 1817 - Feuerwache 3
Beschluss über Stellungnahmen, Satzungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2075/2016 mit 4 Anlagen)
- 7.8. 233. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover, Bereich: Kirchrode / "Feuerwache 3"

Entscheidung über Stellungnahmen, Feststellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2095/2016 mit 5 Anlagen)
- 7.9. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1819 - Vahrenwalder Anger - mit örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung, Satzungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2104/2016 mit 3 Anlagen)
- 8. BERICHT DER DEZERNENTIN
- 9. MITTEILUNGEN UND ANFRAGEN
- II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

10. Rechnungsprüfungsamt: Bericht über die bautechnische Visaprüfung in 2015 (Informationsdrucks. Nr. 1809/2016)
11. Änderung der Betreiberverträge zur Nahwärmeversorgung Kronsberg (Drucks. Nr. 2089/2016 mit 3 Anlagen)
12. Bericht der Dezernentin - nichtöffentlicher Teil -
13. Anfragen und Mitteilungen - nichtöffentlicher Teil -

Der stellvertretende Vorsitzende **Ratsherr Mineur** eröffnete die Sitzung um 14.00 Uhr und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wurde mit folgenden Änderungen beschlossen:

- Das Protokoll unter TOP 2. wurde vertagt.

I. Ö F F E N T L I C H E R T E I L

1. EINWOHNER- und EINWOHNERINNENFRAGESTUNDE

Keine Wortmeldungen

2. Genehmigung des Protokolls über die 50. Sitzung am 05.09.2016

Vertagt

3. ALLGEMEINE VERWALTUNGSVORLAGEN

3.1. 2. Quartalsbericht 2016 für den Teilergebnishaushalt 67 (Informationsdrucksache Nr. 2074/2016 mit 1 Anlage)

Zur Kenntnis genommen

3.2. Testphase Pfandringe im öffentlichen Straßenraum (Drucks. Nr. 1937/2016 mit 6 Anlagen)

Einstimmig

3.3. Kleingartenkolonie Rosengrund - Baugebiet Büntekamp III Einvernehmliche Auflösung der Kleingartenkolonie (Drucks. Nr. 1929/2016 mit 1 Anlage)

Einstimmig

3.4. Teilkündigung von Kleingartenflächen in der Anlage Rosenhöhe - KGV Bischofshole e.V. zum 30.11.2017 zur Umsetzung bauplanungsrechtlicher Festsetzungen und des Neubaus der Feuer- und Rettungswache 3 (Drucks. Nr. 1976/2016 mit 2 Anlagen)

Einstimmig

- 3.5. Zweckverband Abfallwirtschaft Region Hannover (aha) - Straßenreinigung in der Landeshauptstadt Hannover: Streichung der Gebührenerhöhung zum 1.1.2017
(Drucks. Nr. 2133/2016 mit 5 Anlagen)

Einstimmig

4. ANTRÄGE

- 4.1. Antrag der CDU-Fraktion zu solarbetriebenen, vernetzten und abfallverdichtenden Abfallbehältern
(Drucks. Nr. 1968/2016)

Ratsherr Hellmann erläuterte kurz den Antrag.

Ratsherr Kelich kritisierte, dass zum einen durch den Antrag der Eindruck einer bestehenden Dauervermüllung in Hannover erweckt werde. Sein Eindruck sei jedoch, dass Hannover im Vergleich zu anderen Städten und Kommunen sehr sauber sei. Der im Antrag genannte Müll, der im Georgengarten während der Grillsaison anfiele, würde erfahrungsgemäß recht schnell beseitigt.

Durch die vorgeschlagene Verdichtung des Mülls in den Behältern würde dieser jedoch auch vom Gewicht her viel umfangreicher. Dies könne dazu führen, dass die Behälter evtl. mit größerem, technischem und kostenintensivem Aufwand geleert werden müssten.

Daher halte seine Fraktion die Vorschläge des Antrags für nicht praktikabel und lehne diesen ab.

Ratsherr Drenke gab an, seiner Kenntnis nach habe die Stadt Hamburg zur Leerung entsprechender Behälter zusätzliche Fahrzeuge anschaffen müssen. Er fragte, ob auch in Hannover - im Falle des Einsatzes der vorgeschlagenen Behälter - eine Zusatzbeschaffung an Fahrzeugen notwendig wäre und ob die Kosten dafür durch eine evtl. geringere Leerungsquote der Behälter ausgleichbar seien. Weiterhin fragte er, ob wirklich eine Problematik mit bereits vorhandenen, übervollen Abfallbehältern in Hannover bestehe und ob solarbetriebene Behälter tatsächlich notwendig seien.

Herr Schwarz gab dazu an, es bestehe zu den Müllbetrieben in Hamburg ein lockerer Kontakt, bei welchen diese Art von Behältern im Einsatz sei. Die Anschaffungskosten der Fahrzeuge seien ihm momentan nicht bekannt, die Abfallbehälter jedoch hätten einen Stückpreis von 8.000 Euro.

Was eine evtl. vorhandene Vermüllung angehe, sei dies oft eine Frage der Wegwerfgewohnheiten der EinwohnerInnen. Oft finde leider ein sehr sorgloser Umgang mit Müll statt, so dass auch vorhandene Müllbehälter diese Problematik bisher nicht beseitigen konnten. Die bereits bestehenden Behälter würden von *aha* turnusmäßig überprüft und geleert.

2 Stimmen dafür, 7 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 4.2. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Radschnellweg Hannover-City-Lehrte
(Drucks. Nr. 1934/2016)

Ratsherr Drenske wies auf den bereits seit längerem vorhandenen Wunsch aus der Bevölkerung hin, auch längere Strecken mit dem Rad zurücklegen zu können. Radschnellwege seien zudem eine gute Möglichkeit zur Anbindung der Umlandkommunen an die Stadt. Mit dem Antrag auf den Radschnellweg nach Lehrte solle der Grundstein für das erste Projekt dieser Art gelegt werden.

Ratsherr Hellmann erinnerte an die Berichte des Fahrradbeauftragten der Stadt Hannover darüber, an wie vielen Stellen das Radwegenetz innerhalb der Stadt schon ver- bzw. nachbesserungsbedürftig sei, daher solle Geld aus Sicht seiner Fraktion zunächst prioritär an diesen Stellen ausgegeben werden, bevor man Fernwege anlege.

Ratsherr Kelich bestätigte, dass der Ausbau der Radwege innerhalb der Stadt ein wichtiger Aspekt sei, jedoch im Antrag auch vom Einwerben von Fördergeldern die Rede sei, die eine Finanzierung durchaus ermöglichen würden.

Aufgrund des seit Jahren ansteigenden Bevölkerungs- und Radverkehrsanteils könne ein Radschnellweg eine wichtige, infrastrukturelle Möglichkeit bieten.

Ratsherr Böning begrüßte die Idee eines Radschnellweges. Aus seiner Sicht spreche nichts dagegen, parallel zum Ausbau der innerstädtischen Radwege auch verbindende Schnellwege zwischen Hannover und den Umlandkommunen anzulegen. Im Antrag sei schließlich auch von der Einwerbung von Fördergeldern zur Finanzierung die Rede, zudem gehe es zunächst nur um die reine Planung, weshalb er dem Projekt positiv gegenüber stehe.

Ratsherr Drenske stimmte ebenfalls dem nötigen, weiteren Ausbau der innerstädtischen Radwege zu. Er erinnerte an den Antrag an die Verwaltung, die bestehenden Probleme im Rahmen des Netzkonzepts Radverkehr möglichst in der Hälfte jener Zeit abzuarbeiten, die die Verwaltung ursprünglich vorgeschlagen hatte, also in 5 statt in 10 Jahren.

Es stünden verschiedene Vorschläge zur Erneuerung der bestehenden Radwege in Hannover zur Debatte, so habe bspw. der ADFC einen Vorschlag für sogenannte Velo-Routen gemacht, um die stark befahrenen Routen für Radfahrer besser zu kennzeichnen und zugänglich zu machen. Eben solche Gedanken würden entsprechend für die geplanten Radschnellwege erarbeitet werden.

Der Ausbau des geplanten Radschnellweges zwischen Lehrte und Hannover sei zunächst bis zur Stadtgrenze beantragt. Die Strecke laufe als Trasse entlang der Bahnstrecke. Die Stadt Lehre müsse dann ihrerseits entsprechende Maßnahmen ergreifen, um ihren EinwohnerInnen die gleiche Qualität an Radwegen anbieten zu können.

8 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

5. BAULEITPLÄNE DER WOHNBAUFLÄCHENINITIATIVE
6. FLÄCHENNUTZUNGSPLANANGELEGENHEITEN
7. BEBAUUNGSPLANANGELEGENHEITEN

- 7.1. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1839
- Moosbergstraße -
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit,
Einleitungsbeschluss, Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 1977/2016 mit 6 Anlagen)

Einstimmig

- 7.2. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1843 - Weidendamm Nord,
Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 1776/2016 mit 2 Anlagen)

8 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

- 7.3. Vorhabenbezogener Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1830,
Bischofsholer Damm
Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit, Einleitungs- und
Aufstellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 0528/2016 N1 mit 6 Anlagen)

Einstimmig

- 7.4. Bebauungsplan Nr. 1761 - ehemaliges Oststadtkrankenhaus -
Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss, Anordnung der Umlegung
(Drucks. Nr. 1171/2016 mit 3 Anlagen)

Ratsherr Drenke machte darauf aufmerksam, dass im Rahmen des vorliegenden Bebauungsplans der BUND Region Hannover das Thema „Baum-Ampeln“ ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerufen habe. Der Hintergrund sei der Wunsch des BUND, für Leser des Plans schnell ersichtlich zu machen, wie mit den Bäumen am betroffenen Standort verfahren werden solle.

Mit Freude habe er deshalb feststellen können, dass die Verwaltung im vorliegenden Plan diesem Vorschlag gefolgt sei und eine ausdrucksstarke Kennzeichnung der Bäume vorgenommen habe. Er fände es erfreulich, wenn das Verfahren grundsätzlich in Bebauungspläne übernommen werden könne.

Ratsherr Hofmann begrüßte die nun herrschende Klarheit über die Festlegung des genauen Standortes der neuen Grundschule „Groß-Buchholz II“. Umweltpolitisch gesehen falle zwar leider eine Grünfläche weg, dennoch bitte er die Verwaltung, die Umsetzung des Plans demnächst zügig anzugehen, damit die neue Schule errichtet werden könne.

Einstimmig

- 7.4.1. Bebauungsplan Nr. 1761 - ehemaliges Oststadtkrankenhaus -
Aufstellungs- und Auslegungsbeschluss, Anordnung der Umlegung
(Drucks. Nr. 1171/2016 E1 mit 1 Anlage)

Einstimmig

- 7.5. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 741, 2. Änderung
- Am Forstkamp / Buchholzer Straße - , Auslegungsbeschluss
(Drucks. Nr. 1841/2016 mit 3 Anlagen)

8 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen, 0 Enthaltungen

- 7.6. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1047, 1. Änderung - Angerstraße -
Auslegungsbeschluss
(Drucks. Nr. 1965/2016 mit 4 Anlagen)

Ratsfrau Gahbler kritisierte die ihrer Meinung nach im Vorfeld nicht ausreichend stattgefundene Problemlösung zur Flüchtlingsunterkunft. Mit einer ausreichenden und sensiblen Berücksichtigung aller Bedenken der umliegenden Bevölkerung seitens der Verwaltung hätte man negative Reaktion auf die Unterkunft sicherlich mindern bis vermeiden können. Bislang gäbe es mit der bereits in Betrieb befindlichen Unterkunft noch keine Probleme. Sie wünsche sich von der Verwaltung, entsprechende Pläne zukünftig nicht im Hauruckverfahren durchzusetzen, ohne die EinwohnerInnen ausreichend einzubeziehen.

7 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 1 Enthaltung

- 7.7. Bebauungsplan Nr. 1817 - Feuerwache 3
Beschluss über Stellungnahmen, Satzungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2075/2016 mit 4 Anlagen)

Einstimmig

- 7.8. 233. Änderungsverfahren zum Flächennutzungsplan Hannover,
Bereich: Kirchrode / "Feuerwache 3"
Entscheidung über Stellungnahmen,
Feststellungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2095/2016 mit 5 Anlagen)

Einstimmig

- 7.9. Bebauungsplan der Innenentwicklung Nr. 1819 - Vahrenwalder Anger - mit
örtlichen Bauvorschriften über Gestaltung,
Satzungsbeschluss
(Drucks. Nr. 2104/2016 mit 3 Anlagen)

Einstimmig

8. B E R I C H T D E R D E Z E R N E N T I N

Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette wies auf die neue Broschüre mit dem Programm zum „November der Wissenschaft“ hin.

Zum Fall der bereits mehrfach seitens der AnwohnerInnen des Brinker Hafens gemeldeten Geruchsbelästigungen, die durch die dort ansässige Firma *Befesa Salzschlacke GmbH* entstünden, sei von der CDU-Fraktion kürzlich ein Bericht zum aktuellen Stand angefordert worden. Dieser sei dann in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeaufsichtsamt erstellt worden.

Die Geruchsbelästigungen entstünden durch die Aufbereitung von Salzschlacken. Die Firma *Befesa* habe dem zuständigen Stadtbezirksrat zum besseren Verständnis eine Führung und Besichtigung der Produktionsprozesse angeboten, was bisher seitens des Stadtbezirksrats jedoch leider noch nicht wahrgenommen worden sei. Nach der Neukonstituierung der Bezirksräte solle daher ein neuer Terminvorschlag unterbreitet werden.

Das Gewerbeaufsichtsamt (GAA) als zuständige Behörde habe zum betreffenden Fall folgende Informationen übermittelt:

Bei der *Befesa* würden Salzschlacken aus dem Aluminium-Recycling aufbereitet, also Salze und andere Produkte zurückgewonnen, um erneut eingesetzt zu werden. Hierbei frei werdendes Ammoniak würde größtenteils zu Ammoniumsulfat umgesetzt, um anschließend als Düngemittel verwendet zu werden. Diffuse Restspuren an Ammoniak würden danach nur noch vom Produkt *Serox* abgegeben, während dieses zur Abholung zwischenlagere.

Ammoniak habe eine sehr niedrige Geruchsschwelle (1 - 5 ppm) und sei deshalb bei ungünstigen Wetterlagen im Industriegebiet „Brinker Hafen“ in unmittelbarer Nachbarschaft zum Betriebsgelände gelegentlich wahrnehmbar. Der Geruch erinnere an Stallgeruch aus der Landwirtschaft, sei in den vorliegenden Konzentrationen aber nicht gesundheitsgefährdend. So betrage beispielsweise der Arbeitsplatzgrenzwert (AGW) für Ammoniak 20 ppm.

Daneben seien infolge der Geruchs-Immissions-Richtlinie (GIRL) Belästigungen durch Gerüche in einem Industriegebiet an bis zu 15 % der Jahresstunden, in einem Wohn-/Mischgebiet noch an bis zu 10 % der Jahresstunden hinzunehmen.

Bei den in letzter Zeit erfolgten, vermehrten Geruchsbeschwerden könne differenziert werden zwischen Beschwerden über starken oder beißenden Geruch, der teilweise tränende Augen verursache, sowie zwischen der allgemeinen Meldung von unangenehmen Gerüchen, über deren Ursache man sich einfach erkundigen wollte.

Es seien nicht alle Beschwerden direkt beim GAA eingegangen, sondern auch Einsätze von Feuerwehr oder Polizei mit erfasst, über die das GAA informiert worden sei. Eine Veränderung im Produktionsprozess habe es nach Kenntnis des GAA nicht gegeben.

Aktuell sei kürzlich ein neuerliches Langzeit-Messprogramm ab Dezember 2015 an mehreren Messorten in der Umgebung der Anlage durchgeführt und inzwischen abgeschlossen worden. Derzeit erfolge die Auswertung der Messergebnisse beim GAA. Anhand dieser könne dann beurteilt werden, ob die Immissionswerte der Geruchsimmisions-Richtlinie (GIRL) eingehalten würden.

Unabhängig davon sei die Firma *Befesa* bestrebt, die Geruchsproblematik weiter einzuschränken und arbeite in Absprache mit dem GAA an einem Konzept, die vom *Serox* ausgehenden Restspuren an Ammoniak weiter einzuschränken.

Nach Abschluss der Auswertungen werde die Verwaltung die Mitglieder des AUG über die neuen Ergebnisse informieren.

Ratsherr Drenske fragte, wann der Terminvorschlag von *Befesa* zur Besichtigung an den Stadtbezirksrat erfolgt sei.

Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette gab an, ihrer Kenntnis nach habe die Bezirksbürgermeisterin nach dem Erhalten des Vorschlags einen Termin mit dem Bezirksrat abstimmen wollen, was jedoch noch nicht erfolgt sei. Dieser Stand sei bereits aus dem letzten Jahr (2015).

Frau van Schwartzberg berichtete, dass die Verwaltung erfolgreich beim Beantragen des mit Bundesfördermitteln geförderten fünfjährigen Projektes „Stadtgrün - Artenreich und Vielfältig“ gewesen sei und dass dieses am 26.09.2016 gestartet sei.

Für mehrere Teilflächen in der Größe von ca. eineinhalb Hektar im Grünzug Roderbruch, welcher von der Eilenriede bis zum Mittellandkanal führe, sei eine naturnahe Pflege für die Förderung der biologischen Vielfalt geplant. Das Projekt sei primär im operativen Bereich der Grünflächenpflege angesiedelt, jedoch werde von diesem auch laufend ein Erfahrungsaustausch mit den KollegInnen aus dem Bereich Landschaftsschutz und Forsten vorgenommen.

Das während des Projektes erworbene Wissen und Können solle dann auch die KollegInnen aller acht städtischen Pflegebetriebe und des Ausbildungsbereichs weitergegeben werden.

Nach Abschluss des Projektes für Hannover solle das Gesamtprojekt (zusammen mit den Projektpartner-Kommunen Frankfurt a. M., Wernigerode, Kirchhain, Neu-Ansbach) einen Vorbildcharakter erlangen.

Die Gesamtausgaben für den fünfjährigen Zeitraum betragen ca. 320.000 Euro, wovon rund 190.000 Euro vom Bund gefördert würden. Der städtische Anteil von ca. 130.000 Euro beinhalte etwa 30.000 Euro echte Sachmittel, den Rest stelle ein als „Naturalien“ anerkannter Personaleinsatz der mit dem Projekt befassten KollegInnen aus dem Fachbereich Umwelt und Stadtgrün. Mit diesem Projekt solle der Bevölkerung, ähnlich wie beim Projekt „Wildnis wagen“, die naturnahe Pflege von Grünflächen nahegebracht werden, es solle auch zum Nachahmen im eigenen Garten animieren. An den betreffenden Grünflächen sei zudem die Aufstellung von Informationsständen mit ausgewählten Broschüren vorgesehen.

Die ersten Arbeiten zum Projekt würden noch im Jahr 2016 begonnen, über den jeweiligen Stand werde im AUG laufend aktuell berichtet.

Ratsherr Hofmann wies darauf hin, dass im Rahmen der Zuständigkeiten des hier betroffenen Stadtbezirksrates (Buchholz-Kleefeld) dieser nach § 93 Abs. 1 NKomVG über eine geplante Grünflächenpflege innerhalb des Bezirks hätte informiert werden müssen (über das Bezirksmanagement oder per Beschlussdrucksache).

Frau van Schwartzberg gab dazu an, die geplante Grünflächenpflege im Grünzug des Roderbruchs werde als Geschäft der laufenden Verwaltung verstanden, es handle sich bei den Maßnahmen lediglich um eine Veränderung des Pflegeregimes, der Maadhäufigkeiten, der Anhäufung von Totholzstapeln, der Aussaat bienenfreundlicher Pflanzen und ähnliches. Die Maßnahmen seien daher nicht als veränderte Gestaltung und Ausstattung in der Pflege zu verstehen, was somit nicht die Zuständigkeit des Stadtbezirksrates betreffe oder eine entsprechende Beschlussdrucksache erforderlich mache. Selbstverständlich könne jedoch gerne in einer Sitzung des Stadtbezirksrates ebenfalls über die geplanten Maßnahmen berichtet

werden.

Erste Stadträtin Tegtmeyer-Dette wies darauf hin, dass es sich bei der aktuellen Sitzung des AUG um die letzte in der bisher bestehenden Zusammensetzung handele. Sie bedankte sich bei allen für die langjährige, konstruktive und erfolgreiche Auseinandersetzung mit vielen intensiven und kontroversen Themen. Sie verabschiedete die Mitglieder, die nach der Neuzusammensetzung des Ausschusses nicht mehr dabei sein würden und gab an, sie freue sich auf die Zusammenarbeit mit den weiterhin verbleibenden und den neuen Mitgliedern.

Ratsherr Mineur ergänzte, auch er schließe sich dem an und sei der Meinung, dass der Ausschuss immer kollegial und engagiert über die anstehenden Themen diskutiert habe. Es freue ihn, dass er im Rahmen seiner letzten Sitzung in diesem Ausschuss noch einmal den stellvertretenden Vorsitz inne habe und verabschiedete sich von allen Mitgliedern.

Berichtet

9. MITTEILUNGEN UND ANFRAGEN

Herr Dirscherl verwies auf die neue Broschüre „Die Eilenriede – Hannovers Stadtwald und der Eilenriedebeirat“. Seiner Auffassung nach sei in dieser Schrift leider das Thema verfehlt worden.

So würde u. a. Julius Trip geehrt, der jedoch eigentlich eher die Vernichtung der Eilenriede betrieben habe. Er habe diese einstmals in einen Park umwandeln wollen, was glücklicherweise am Widerstand der BürgerInnen gescheitert sei.

Um die Zeit von ca. 1900 herum sei - von Trip mit angetrieben - geplant gewesen, in die Eilenriede im Bereich Kleefeld einen Verschiebebahnhof zu setzen. Auch hier habe sich die Bevölkerung dagegen gewandt.

Das Eisenwerk Buderus habe damals ebenfalls in die Eilenriede hineinbauen wollen. Hier sei jedoch das Forst- und Finanzdezernat zuständig gewesen, was diese Pläne abwenden konnte.

Zur Zuständigkeit des Eilenriedebeirats gehörten ebenfalls u. a. der Hermann-Löns-Park, der Tiergarten und die Seelhorst mit dazu. Die großen Leistungen des Beirats in diesen Teilen Hannovers würden in der Broschüre leider keine Erwähnung finden. So seien auch die zahlreichen Bombenräumungen, die nachfolgende Wiederherstellung des Waldes - auch im Rahmen der Beseitigung von Sturmschäden -, die Verhinderung der Abholzung von Eilenriede und Seelhorst, der Ankauf neuer Flächen zu den Waldflächen und anderes nicht darin zu finden.

Die in der Broschüre angesprochene Wiedervernässung der Eilenriede sei nicht aus dem Grund mangelnder Niederschläge gescheitert, sondern weil die Gräben vertieft worden seien, so dass das Wasser nicht hinein, sondern vorbei laufe.

Auch die Fakten zur Düngung der Eilenriede seien in der Broschüre falsch dargestellt.

Er habe den Eindruck, die langjährige Geschichte dieses Amtes werde in der Darstellung nur sehr oberflächlich auf die letzten zehn Jahre reduziert. Er sei daher gerne bereit, sich mit den Autoren der Broschüre zusammzusetzen und darüber zu diskutieren.

Ratsherr Kelich wies darauf hin, dass zu den von Herrn Dirscherl genannten Ereignissen auch Quellenangaben und andere Zeugnisse vorgelegt werden müssten, damit die Verwaltung damit arbeiten könne.

Es sei sonst auch schwierig für die Ausschussmitglieder, seine Angaben nachvollziehen zu können.

Die vorliegende Broschüre verstehe er nicht als eine historische Abhandlung, sondern eher als eine Art Einführungsheft in die Thematik. Eine so ausführliche Ausarbeitung, wie von Herrn Dirscherl gewünscht, stehe damit eher dem Sinn und Zweck der Broschüre entgegen.

Herr Dirscherl gab an, die Quellen zu seinen Angaben befänden sich alle in den Akten der Verwaltung. Er habe dieser mehrfach seine Beratung angeboten, in deren Rahmen er die vorhandenen Akten hätte konsultieren können, jedoch sei ihm dafür kein finanzieller Ausgleich angeboten worden. Diese Arbeiten ohne Entgelt zu erledigen, könne nicht verlangt werden.

Behandelt

II. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende **Ratsherr Mineur** beendete die Sitzung um 14.50 Uhr.

Tegtmeyer-Dette
Erste Stadträtin

Bach
Für das Protokoll